

So will der Bundesrat die SVP bodigen

Gleich vier Magistraten ziehen gegen die Begrenzungsinitiative ins Feld – Schützenhilfe leistet sogar SVP-Wirtschaftsminister Guy Parmelin und erntet deswegen Kritik aus den Reihen seiner Partei.

Sven Altermatt

BERN. Noch ist der Abstimmungskampf flau. Die Bundespolitiker haben sich in die Sommerpause verabschiedet, die Coronakrise dominiert das Tagesgeschäft. Eine richtige Debatte über die Begrenzungsinitiative der SVP mag da nicht aufkommen. Doch bald könnte sich das ändern: Gleich vier Bundesräte ziehen durchs Land und argumentieren gegen die Initiative, deren Ziel es ist, die Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz und der EU zu beenden.

Neben der dossierführenden Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) absolvieren Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) und Innenminister Alain Berset (SP) eigene Auftritte zur Vorlage. Aber auch Bundespräsidentin Simonetta Sommaruga (SP) wird öffentlich die Neinhaltung der Regierung vertreten. Nicht zu vergessen ist der Fünfte in der Runde: Von Wirtschaftsminister Guy Parmelin (SVP) darf man zumindest noch die eine oder andere Wortmeldung gegen die Initiative erwarten.

Dass sich so viele Magistraten in den Abstimmungskampf einer einzelnen Vorlage einschalten, passiert selten – hat sich aber bei Vorlagen über die Personenfreizügigkeit eingebürgert. Wobei selbst vor der Abstimmung über die Zuwanderungsinitiative 2014 nur drei Bundesräte in Erscheinung getreten sind. Nach der Abstimmungsniederlage wurde ihnen mitunter vorgeworfen, sie

hätten sich zu wenig stark ins Zeug gelegt. Aus dem Tessin hiess es gar, die Probleme mit Grenzgängern seien von Bundesbern schlicht ignoriert worden.

Gemäss Gesetz «informieren» die Magistraten vor Abstimmungen lediglich. Mit Propaganda haben sie sich zurückhalten. Konkret muss der Bundesrat «die Grundsätze der Vollständigkeit, der Sachlichkeit, der Transparenz und der Verhältnismässigkeit» beachten. Der Grat zwischen Informationspflicht und Propaganda ist schmal. Der Bundesrat selbst mache keine Kampagne gegen die SVP-Initiative oder organisiere eigene Anlässe, betonen die Departemente denn auch treuherzig.

Wegen der Coronakrise wurden einige Anlässe abgesagt und andere erst gar nicht mehr programmiert, nachdem die Abstimmung auf den 27. September verschoben worden war. Trotzdem hat allein Justizministerin Keller-Sutter rund zehn Auftritte, wie ihr Departement bestätigt. In Basel, Luzern, Chur und Lausanne wird sie jeweils auf Einladung der örtlichen Handelskammern referieren. Deren Dachverband Economiesuisse führt im Wirtschaftslager die Neinkampagne. In der Ostschweiz steht ein Firmenbesuch mit Regierungsräten an, ebenso ein Anlass in den Werkhallen von Stadler Rail. Der Firmenpatron und frühere SVP-Nationalrat Peter Spuhler ist ein erklärter Gegner der Initiative. Schliesslich bestreitet die Justizministerin je ein Fernsehspiel in der

Deutschschweiz und in der Romandie, das gehört quasi zum Pflichtprogramm.

Ihren ersten Auftritt hat Keller-Sutter bereits am Montagabend. Im Berner Kursaal nimmt sie mit ihren Regierungskolleginnen Simonetta Sommaruga und Viola Amherd (CVP) an einem Podium mehrerer Frauenverbände teil; eine solche bundesrätliche Massierung in einem Abstimmungskampf dürfte einmalig sein in jüngerer Zeit. Die aktuellen Abstimmungsvorlagen enthielten «aus Frauensicht wichtige Aspekte», finden die Veranstalter. Ein Sprecher von Sommaruga erklärt: «Die Bundespräsidentin wird dort ebenso auf die Begrenzungsinitiative zu sprechen kommen wie in Interviews zu den Abstimmungsvorlagen.» Offiziell ist von einem Auftritt «allgemeiner Art» die Rede. Weitere Termine seien in Planung. Allein: In ihrer Funktion als Umweltministerin ist Sommaruga primär für das Jagdgesetz verantwortlich. Nebst den üblichen Fernsehterminen ist dazu allerdings erst eine Podiumsdiskussion anberaumt.

Parmelin fürchtet Kritik nicht

Das «Kernteam des Bundesrats», wie man es in den Regierungsstäben formuliert, bildet Keller-Sutter zusammen mit Cassis und Berset. Die Referate der drei Magistraten seien eng abgestimmt. Aussenminister Cassis wird an mehreren Veranstaltungen zur Initiative teilnehmen und Interviews dazu geben; in



Neue Plakatkampagne

Economiesuisse steigt ab Montag mit Plakaten in den grossen Bahnhöfen in den Abstimmungskampf gegen die Begrenzungsinitiative ein. Nach dem Misserfolg 2014 kämpft der Wirtschaftsdachverband mit neuen Sujets für die Bilateralen und gegen die Begrenzungsinitiative. Das Plakat zeigt einen Heissluftballon mit Schweizer Kreuz am Korb und vier Personen. Die Schere der Kündigungsinitiative, wie sie die Gegner nennen, droht den Höhenflug mit einem Schnitt zu beenden.

allen Landesteilen, wie seine Sprecherin betont. Ob mit Blick auf die aktuelle Coronasituation alle Anlässe stattfinden können, sei aber noch ungewiss. Man prüfe deshalb mehrere Optionen, namentlich eine Teilnahme per Video.

Derweil hat Berset, der die Fernsehansprachen in der Romandie übernimmt, seinen grossen Auftritt an einem Anlass der Waadtländer Handelskammer und von Economiesuisse. Anfang September referiert er in Payenne über die Begrenzungsinitiative. Er will laut seinem Sprecher unter anderem erläutern, warum die Initiative den Wohlstand des Landes und Arbeitsplätze bedrohe, erst recht angesichts der «Phase der Instabilität» nach der Coronakrise.

Keine eigentlichen Auftritte zur Abstimmung bestreitet Guy Parmelin. Nachdem er sich in einem Interview mit der «NZZ am Sonntag» gegen die Initiative ausgesprochen («eine Gefahr für unseren Standort») und betont hatte, es handle sich dabei auch um seine Meinung als Wirtschaftsminister, musste er sich aus den Reihen seiner SVP öffentlich Schimpfe anhören. Einschüchtern lässt sich der Bundesrat davon nicht. Parmelin habe immer wieder auf die Bedeutung dieser Abstimmung und die Bedeutung guter wirtschaftlicher Beziehungen mit der EU hingewiesen, bekräftigt seine Sprecherin und kündigt an: «Er wird das zweifellos auch bis zur Abstimmung noch so halten.»



Justizministerin Karin Keller-Sutter wird im Abstimmungskampf gegen die SVP-Initiative von Ignazio Cassis, Alain Berset, Simonetta Sommaruga und Guy Parmelin unterstützt (v. l.).

BILDER MELANIE DUCHENE, KEY

«Der Schock wird in Wut umschlagen»

Bei seinem Besuch im verwüsteten Beirut richtet die libanesische Bevölkerung verzweifelte Appelle an Frankreichs Präsident Emmanuel Macron. Die verheerende Explosion hat das Vertrauen in die Regierung weiter zerschlagen.

Michael Wrase, Limassol

BEIRUT. «Libanon ist nicht allein», twitterte Emmanuel Macron nach seiner Ankunft gestern in Beirut. Im Mittelpunkt seiner Visite, betonte er, stehe die Unterstützung der nach der Explosion von knapp 2800 Tonnen Ammoniumnitrat schwer traumatisierten Bevölkerung. Der französische Staatschef wirkte sichtlich geschockt, als er mit vorsichtigen Schritten durch den verwüsteten Beiruter Hafen ging. Bis zu 100 Menschen, befürchtet das Libanesische Rote Kreuz, könnten noch unter den Trümmern liegen.

Frankreich, die frühere Kolonialmacht im Libanon, will «allumfassend helfen». Daran liess Macron keinen Zweifel. Genauso unmissverständlich war aber auch seine politische Botschaft. «Ohne Reformen», hatte er bereits am Flughafen klargestellt, «wird Libanon weiter versinken». Erst wenn die Korruption aufhöre, könne es wieder aufwärtsgehen, sei ein «Vertrag für den Wiederaufbau des Libanons» möglich.

Der französische Staatschef sprach damit vielen Libanesen aus dem Herzen. Seit mehreren Jahrzehnten hoffen sie auf einen Wandel. Hunderttausende waren dafür auf die Strassen gegangen. Doch dann kam Corona und die Protestwelle verebte. Es folgte der dramatische Kursverfall der Lira sowie als vorläufiger Negativhöhepunkt die Apokalypse im Beiruter Hafen, die 300000 Libanesen obdachlos machte.

Doch resignieren – und auch diese Botschaft wurde Macron vermittelt – kommt für die meisten Libanesen nicht in Frage. «Da die Regierung versagt», sagte eine Beiruter Medizinstudentin einem französischen Fernsehreporter, «werden wir die Dinge wohl selbst in die Hand nehmen müssen.»

In Mar Mikhael und Gemmayze, den schwer verwüsteten Szenevierteln unweit des Hafens, haben sich junge Libanesen zu Arbeitsbrigaden zusammengeschlossen. Engagiert kehren sie Scherben zusammen, verladen abgerissene Aluminiumverkleidungen und Wrackteile von Autos auf Laster und Pritschenwagen. Andere klettern die

Erste Festnahmen

Zwei Tage nach der Explosionskatastrophe von Beirut sind 16 Mitarbeiter des Hafens der Mittelmeer-Metropole festgenommen worden. Das teilte der amtierende Militärrichter Fadi Akiki laut einem Bericht der staatlichen libanesischen Nachrichtenagentur NNA gestern Abend mit. Mehr als 18 Menschen seien befragt worden, darunter Mitglieder des Hafenvorstands und der Zollverwaltung. Die Zahl der Toten stieg derweil laut Gesundheitsministerium auf 149. Die Ermittlungen gingen weiter, hiess es. Ziel sei, «alle Fakten im Zusammenhang mit der Katastrophe zu klären», teilte Akiki mit. Der Ort der Explosion – ein Industriegebiet am Hafen im Norden der libanesischen Hauptstadt – werde bis zum Abschluss der Ermittlungen geschlossen bleiben.

mit Schutt übersäten Treppenhäuser hinauf, um noch immer eingeschlossene ältere Menschen mit Lebensmitteln zu versorgen oder zu evakuieren. Die Welle der Solidarität ist gewaltig. Das war in Krisenzeiten im Libanon immer so. Die Bevölkerung hält zusammen, weil sie weiss, dass sie von der Regierung nichts zu erwarten hat.

Wut und Ärger wachsen

In den Elan der Freiwilligen mischen sich aber auch zunehmend Ärger sowie blanke Wut. Noch immer können es viele Menschen nicht begreifen, wie es passieren konnte, dass fast 2800 Tonnen Ammoniumnitrat von der Regierung einfach vergessen, ja ignoriert wurden. In sechs Briefen hatten die Hafenbehörden an die Justizbehörden appelliert, die explosiven Chemikalien weiterzuverkaufen oder den Streitkräften zur Sicherung zu übergeben. Doch nichts geschah – bis es dann zur Katastrophe kam. «Und solchen Leuten sollen wir vertrauen und weiterhin das Regieren überlassen?», fragt Marwan Hassani im Telefoninterview mit dem Korrespon-

denten dieser Zeitung. Der 29-Jährige hat, wie so viele Libanesen, vor drei Monaten seine Arbeit in einem Schnellimbiss verloren. «Nach dem Horror» vom Dienstagabend werde er sich darauf vorbereiten, der im Oktober letzten Jahres gestarteten Protestbewegung «neues Leben einzuhauchen».

«Die politische Klasse im Libanon sollte in den kommenden Wochen und Monaten auf der Hut sein», schreibt Faysal Itani, der aus dem Libanon stammende stellvertretende Direktor des Center for Global Policy in einem Meinungsbeitrag für die «New York Times». «Der Schock wird unweigerlich in Wut umschlagen.» Den Willen der Libanesen ihr Land radikal umzukrempeln, bekam gestern Nachmittag auch Emmanuel Macron zu spüren, als er das Beiruter Szeneviertel Gemmayze besuchte. «Das Volk will den Sturz des Regimes», skandierten dort Hunderte den Slogan des Arabischen Frühlings. «Herr Präsident», rief eine junge Frau verzweifelt, «bitte helfen Sie uns dabei, diese Regierung loszuwerden!» Macron lächelte scheinbar, als er die Bitte hörte, und schwi-eg.